

Håkan A. Bengtsson

Europäische Souveränität

Kommentar zu den Ergebnissen
der Umfrage in Schweden

EUROPA

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

EUROPÄISCHE UND NATIONALE SOUVERÄNITÄT AUS SCHWEDISCHER PERSPEKTIVE

Aus der Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Fondation Jean Jaurès ergibt sich unter anderem, dass in Schweden mehr Menschen positiv zur Souveränität eingestellt sind als im europäischen Durchschnitt, und dass weniger von ihnen eine negative Einstellung dazu haben. Der Anteil jener, die die Souveränität positiv sehen, steigt mit Alter und Einkommen. Relativ viele Schwedinnen und Schweden betonen Unabhängigkeit, individuelle Freiheit und eigenständige Regierung als positive Konzepte.

Allerdings stehen Macht und Nationalismus nicht sehr hoch im Kurs. Die Schweden scheinen die Bedeutung europäischer Souveränität anzuerkennen und zu verstehen. In diesem Zusammenhang halten zwei Drittel von ihnen die Kontrolle der Außengrenzen für besonders wichtig. Im Gegensatz zu den anderen Ländern aus der Befragung bewerten etwas mehr als die Hälfte (56 %) der Schweden die europäische Souveränität positiv. Die schwedische Sichtweise der europäischen Souveränität unterscheidet sich je nach Altersgruppe, dennoch halten es die Schweden für wichtig, dass diese gestärkt wird. Hinsichtlich dessen steht bei den Themen, um die sich ein souveränes Europa kümmern sollte, der Kampf gegen den Terrorismus weiter oben auf der Liste als jener gegen den Klimawandel, aber als wichtig wird auch Europas Rolle eingeschätzt, den chinesischen und russischen Machtansprüchen zu begegnen und entgegen zu wirken. Alles in allem zeigt sich so ein ziem-

lich fragmentiertes Bild der schwedischen Ansichten über nationale und europäische Souveränität. Wie können wir die Ergebnisse der Umfrage aus einer historischen Perspektive verstehen?

HISTORISCHES ERBE

Die große Frage ist, ob die schwedische Idee von Unabhängigkeit und Souveränität für Schweden oder die EU besondere Merkmale hat.

Dazu muss untersucht werden, ob das schwedische Selbstverständnis damit zusammen hängt, dass Schweden eine konstitutionelle Monarchie ist, die im Laufe des 20. Jahrhunderts mit Demokratie, einem hohen Maß an Gleichheit, einem entwickelten Wohlfahrtsstaat, einer extrem starken Gewerkschaftsbewegung und, zeitweise, einer politisch dominanten Sozialdemokratie in Verbindung gebracht wurde. Dieses Paradox – dass die historischen Hochburgen der Sozialdemokratie in den nordischen Monarchien entstanden sind – ist an sich schon interessant. Wie auch in anderen nordischen Ländern wurden die Rolle und die Macht des schwedischen Königshauses allerdings nach und nach auf rein zeremonielle Verpflichtungen beschränkt.

Darüber hinaus war Schweden – im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern und seinen nordischen Nachbarn – seit über 200 Jahren an keinem Krieg mehr beteiligt. Verglichen mit anderen kann das Land auf eine friedliche Geschichte ohne viele

langfristige Kämpfe oder Konflikte zurückblicken. Im Unterschied zu seinen nordischen Nachbarn hat es Schweden geschafft, sich nicht in den Zweiten Weltkrieg hineinziehen zu lassen. Schweden verfügt über eine lange, ungebrochene Tradition nationaler Unabhängigkeit, die auf vielfache Weise geschützt und gefördert wurde und in ihren nationalen Identitäten tief verwurzelt ist.

In der schwedischen Politikgeschichte finden sich relativ wenig gewaltsame politische Ereignisse. Der Staatsstreich von 1809 nach dem Verlust von Finnland an das russische Reich war vergleichsweise schmerzlos; und das Ende der Union mit Norwegen von 1905, muss wohl als relativ glückliche Scheidung bezeichnet werden. Obwohl die Ereignisse während des Ersten Weltkriegs und der Revolutionen in Europa nach 1917 sogar in Schweden konfliktträchtig waren, war der Übergang zur Demokratie nicht von derselben massiven Gewalt geprägt wie in anderen Ländern. Eine bemerkenswerte Ausnahme in der schwedischen Geschichte sind dabei die Schießereien von Ådalen im Jahr 1931, als bei einem langwierigen und bitteren Arbeitskampf fünf protestierende Arbeiter vom Militär erschossen wurden. Immerhin hat dieses dramatische Ereignis dazu geführt, dass die Wahlen im Folgejahr von den Sozialdemokraten gewonnen wurden. So entstanden nach und nach ein historischer Kompromiss und ein gesellschaftlicher Konsens – nicht nur zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern, sondern insgesamt zwischen der Arbeit und dem Kapital sowie der Politik und den Märkten. Und dies hat letztlich den Aufbau des schwedischen Wohlfahrtsstaats ermöglicht.

DER SCHWEDISCHE SONDERWEG: FOLKHEM, NEUTRALITÄT UND SOFT-POWER-IMAGE

Das *folkhem* (der Wohlfahrtsstaat) war eine Vision der modernen schwedischen Gesellschaft. Erstmals wurde der Begriff des *folkhem* in der schwedischen Debatte durch den konservativen Politikwissenschaftler Rudolf Kjellén verwendet. Aus seiner Sicht stand er für eine nationalistische Vision Schwedens, die auf einer konservativen Sichtweise von Klassen und Gruppen beruhte, von denen erwartet wurde, sich in einer undemokratischen und autoritären Gesellschaft hierarchisch aneinander auszurichten.

Per-Albin Hansson, der Vater des modernen schwedischen Wohlfahrtsstaats, wandelte dieses bestehende konservative Konzept dann um, indem er seinen Gesamtrahmen und Teile seines paternalistischen Ansatzes bewahrte und damit Sicherheit in unruhigen Zeiten signalisierte. Gleichzeitig fügte er seinem Bild des *folkhem* sozialdemokratische Elemente hinzu und ergänzte es mit dem Konzept einer gleichberechtigten Bürgerschaft und des Strebens nach Gleichheit, womit er sich gegen die Hierarchien der Klassengesellschaft wandte.

Nun begann die sozialdemokratische Partei, über die Menschen und damit über die Nation zu sprechen – die Nation der Bürger, die sich nicht nur auf einzelne Klassen konzentrieren, sondern mehr Gleichheit und Demokratie schaffen sollte. Beim rechtsgerichteten *folkhem* sollten die Bürger noch ihrer Nation dienen. In der sozialdemokratischen Interpretation war

die Gesellschaft hingegen dazu da, ihren Bürgern zu dienen. Das *folkhem* bekam in der politischen Debatte Schwedens einen hegemonischen Status. So übernahm die Arbeiterbewegung in den Jahren zwischen den Kriegen eine erhebliche gesellschaftliche Rolle und dominierte den nationalen Diskurs, wodurch sie nationalistische und extremistische Elemente zerstreuen konnte.

Eine zentrale Säule der schwedischen und nordischen Wohlfahrtsstaaten ist die Organisation des Arbeitsmarkts, die auf einer starken sozialen Partnerschaft beruht. Sie wurde durch eine makroökonomische Verwaltung unterstützt, die die Beschäftigung, das Wachstum und die berufliche Neuorientierung an erste Stelle setzte. Das sogenannte Rehn-Meidner-Modell gründete auf einem Prinzip gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit, was den Strukturwandel in der Region förderte und beschleunigte. Außerdem schuf es die Bedingungen für die Organisation verschiedener Interessen: Starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände übernahmen die Verantwortung für die Lohnverhandlungen und einige andere Arbeitsvereinbarungen wie Pensionen, Sicherheit und Fortbildung, während der Staat im Hintergrund blieb. Gleichzeitig wird dieses Modell stark von den Institutionen der sozialen Partnerschaft unterstützt. Daher beruht der Arbeitsmarkt durch diese Organisation verschiedener Interessen auf einer Selbstregulierung, bei der der Staat keine direkte Rolle spielt.

Ein weiteres Element des schwedischen Wohlfahrtsstaats ist das Konzept des »Staatsindividualismus«. Das übergeordnete Ziel der Wohlfahrtsstaaten ist die individuelle Ermächtigung seiner Bürger, frei von sozialen und wirtschaftlichen Hindernissen ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Daher wurde die Rolle der Familie als zentrale wirtschaftliche und soziale Institution eingeschränkt und wichtige Wohlfahrtsselemente wie Kinderbetreuung, Schule und höhere Ausbildung für alle verfügbar gemacht. Auch dies kann als emanzipatorisches Projekt mit dem Ziel betrachtet werden, die Kräfte der gesellschaftlichen Selbstregulierung mithilfe einflussreicher Sozialpartner und einer dynamischen Zivilgesellschaft zu stärken – anstatt wie in anderen Ländern einen Interventionsstaat oder marktwirtschaftliche Lösungen zu fördern.

Aus diesen historischen Gründen hätte sich der schwedische Nationalismus auch weniger ungewöhnlich entwickeln können. Aber schon immer wurde von den Politikern und Parteien des Landes die Idee eines schwedischen Sonderwegs kultiviert. Während des 20. Jahrhunderts wurde dies größtenteils durch das sozialdemokratische Narrativ des sogenannten *folkhem* oder Wohlfahrtsstaats ausgedrückt – ebenso wie durch die Ansicht, dass das Land zwischen Kommunismus und unreguliertem Kapitalismus einen dritten Weg verfolgt. Noch vor 100 Jahren war Schweden eins der ärmsten, ungleichsten und undemokratischsten Länder Europas. Während des 20. Jahrhunderts hat sich all dies geändert. Insgesamt kann gesagt werden, dass die schwedischen Bürger und Politiker (wenn auch weniger die nach 1989 geborenen) ihre Nation – sowohl auf nationaler als auch auf individueller Ebene – immer noch in Begriffen von Unabhängigkeit und der »Kontrolle des eigenen Schicksals« betrachten, was auch ihre Ansichten über die Souveränität auf nationaler und europäischer Ebene beeinflussen könnte.

Darüber hinaus wurde die schwedische Nachkriegssicht des eigenen Landes und seiner Rolle in der Welt auch weitgehend dadurch geprägt, dass Schweden sich für neutral erklärte und nicht an den beiden Weltkriegen beteiligt war. Trotz der Proteste rechter Interessengruppen wurde diese Politik sowohl von den Sozialdemokraten als auch von den Streitkräften ausdrücklich befürwortet. Diese neutrale Linie hat Schweden durch den Zweiten Weltkrieg geführt und wurde dann in die sozialdemokratische Politik integriert, wo sie nach dem Krieg einen besonderen sozialdemokratischen Anstrich bekam: Nun wurde sie mit einer starken internationalistischen Ausrichtung verbunden, die seit den 1960ern insbesondere von Olof Palme gefördert wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entschied sich Schweden, ein neutrales Land außerhalb der NATO zu bleiben. Die schwedischen Versuche, in dieser Zeit ein nordisches Verteidigungsbündnis zu gründen, scheiterten, da sowohl Dänemark als auch Norwegen der NATO beitraten. Die außenpolitische Tradition Olof Palmes beruhte darauf, dass Schweden von den Großmächten unabhängig blieb. Dementsprechend hat das Land auch die Befreiungsbewegungen im globalen Süden massiv unterstützt. Die Grundlage dafür war der aktive Einsatz gegen Kolonialismus und für die nationale Befreiung einiger Länder des globalen Südens – und damit auch die prinzipielle, allgemeine Verteidigung nationaler Unabhängigkeit. International drückte sich diese politische Linie insbesondere dadurch aus, dass sich Schweden und Olof Palme aktiv für die vietnamesische Befreiungsbewegung eingesetzt haben. Außerdem war das Land der größte westliche Förderer des ANC in Südafrika.

Dies könnte eine Erklärung oder einen Hintergrund dafür bieten, dass die nationale Souveränität in Schweden etwas positiver betrachtet wird als in anderen europäischen Ländern, und warum dort weniger Menschen ihr gegenüber negativ eingestellt sind – auch wenn die Unterschiede, wie die Studie zeigt, nicht besonders stark sind. Außerdem kann dieser historische Kontext die Tatsache erklären, dass die Anzahl der gegenüber nationaler Souveränität positiv Eingestellten mit dem Alter zunimmt, da sich diejenigen, die nach 1989 geboren sind, der geschichtlichen Entwicklung nicht mehr so stark bewusst sind. Die Tatsache, dass Souveränität als »modern« interpretiert wird, könnte damit in Einklang stehen, dass die politische Souveränität des *folkhem* mit der Entwicklung des »modernsten Landes der Welt« und der Möglichkeit der Kontrolle über das eigene Schicksal in Verbindung gebracht wird.

EINE VORSICHTIGE EU-MITGLIEDSCHAFT

Nach dem Zweiten Weltkrieg standen die nordischen Länder, darunter auch Schweden, der europäischen Integration skeptisch gegenüber. So schlossen sie sich gemeinsam mit Großbritannien der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA an. Während Großbritannien als Gründe dafür, der Europäischen Gemeinschaft (EG) nicht beizutreten, seine nationale Unabhängigkeit und Autonomie anführte, fürchtete die sozialdemokratische Regierung in Schweden, durch eine Mitgliedschaft könnte das schwedische Wohlfahrts- und Arbeitsmarktmmodell bedroht werden. Entsprechend wurde dort – im Unter-

schied zu den Gründungsmitgliedern der EU – die europäische Integration nie als schwedisches Projekt für Frieden und Wohlstand betrachtet. Ohne ähnliche existenzielle Krisenerfahrungen wie die anderen Länder rückte Schweden über ein Freihandelsabkommen an die EG heran; und in den 1980ern wurden mit der EEA-Vereinbarung weitere Schritte in Richtung wirtschaftlicher Integration unternommen, die den Weg für die schwedische Mitgliedschaft ein Jahrzehnt später bereiteten. Allerdings waren es die schwere Wirtschaftskrise der 1990er und damit wirtschaftliche Gründe, die die sozialdemokratische Regierung dazu brachten, die EU-Mitgliedschaft zu akzeptieren.

Dabei überrascht es nicht, dass Schweden beim Thema der EU-Mitgliedschaft traditionell gespalten ist; und in einem Referendum hat sich das Land entschieden, nicht der Währungsunion beizutreten. Es gab und gibt im Land immer noch Sorgen um die nationale Unabhängigkeit und darum, ob das schwedische Wohlfahrts- und Sozialpartnerschaftsmodell den Beitritt zur EU überleben kann. Momentan ist das Thema der Mitgliedschaft nicht mehr umstritten, und es gibt keine nennenswerte Unterstützung für einen »Schwexit«. Die rechtspopulistischen und nationalistischen Schwedendemokraten, die 2010 ins schwedische Parlament eingezogen und momentan die drittgrößte Partei des Landes sind, sind quasi die einzigen, die sich eindeutig gegen eine schwedische EU-Mitgliedschaft aussprechen, auch wenn sie dieses Thema nicht aktiv verfolgen. Die EU-Ausrichtung der Sozialdemokraten und der Moderaten, der beiden größten Parteien, hat sich allerdings in den letzten Jahren verringert. Trotzdem sind ihre Wählerinnen und Wähler gegenüber der EU positiver eingestellt als diejenigen anderer Parteien. Dies wird anhand der Tatsache deutlich, dass Schweden gegenüber der europäischen Souveränität immer noch relativ positiv eingestellt ist, was für ein Land, das so lange EU-skeptisch war, etwas überraschend ist.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass die Kritik gegen die EU in erster Linie innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gewachsen ist. Der Schwedische Gewerkschaftsverband (LO), in dem die Arbeiterinnen und Arbeiter organisiert sind, war sowohl hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft als auch hinsichtlich der Frage gespalten, ob Schweden der Währungsunion beitreten sollte. In erster Linie ist es der Einfluss der EU auf den schwedischen Arbeitsmarkt, der zu dieser Kritik geführt hat. Als das Land der Union beitrat, herrschte die Ansicht vor, dies hätte keinerlei Folgen für die Arbeitsmarktbeziehungen. Der Binnenmarkt, beispielsweise die Laval-Regelung, hat aber gezeigt, dass dies nicht der Fall war. Auch die momentanen Vorschläge einer Richtlinie zum Mindestlohn greifen das Herzstück des schwedischen Wohlfahrts- und Arbeitsmarktmmodells an – nämlich die Selbstregulierung. Daher ist die Gewerkschaftsbewegung zunehmend frustriert über die mangelnde Kompromissbereitschaft der EU-Kommission und hat entsprechend ihren Ton verschärft. In einem Interview vom Mai 2021 sagte Torbjörn Johansson, der LO-Sekretär für Vertragsverhandlungen: »Deshalb ist es Zeit, dass wir in der schwedischen Arbeiterbewegung überlegen, ob der Beitritt zur EU eine gute Entscheidung war. Unsere bisherige Position gründete darauf, dass unser schwedisches Arbeitsmarktmmodell sicher ist. Offensichtlich wird dies aber gerade auf den Kopf gestellt.«

NATIONALE UND EUROPÄISCHE SOUVERÄNITÄT OHNE WIDERSPRUCH

Die Ansichten der schwedischen Öffentlichkeit über die europäische Souveränität sind immer noch schwer zu interpretieren. Der Begriff Souveränität wird in Schweden etwas positiver wahrgenommen als in den anderen untersuchten Ländern.

Im Prinzip aber liegt den Antworten die Idee zugrunde, dass nationale und europäische Souveränität nicht notwendigerweise miteinander im Konflikt stehen, sondern sich gegenseitig ergänzen. Dies könnte auch der Tatsache geschuldet sein, dass die EU von schwedischen Politikern und vielleicht auch der Bevölkerung nicht als föderales Projekt, sondern eher als Rahmen staatsübergreifender Zusammenarbeit betrachtet wird. Dies gilt auch für den Wunsch, die Außengrenzen zu kontrollieren und den Terrorismus zu bekämpfen. Die Beziehung zu Europa ist immer noch schwierig zu interpretieren. Es mag überraschend wirken, dass so viele Menschen die europäische Souveränität positiv sehen. Aber bedeutet dies auch, dass sie glauben, sie solle auf Kosten des Nationalstaats ausgebaut werden oder dass beide Arten der Souveränität entsprechend dem EU-Subsidiaritätsprinzip miteinander kombiniert werden können?

Die Tatsache, dass Menschen mit höherem Einkommen die EU positiver sehen, ist aus anderen Studien gut bekannt und seit langem ein festes Muster in der öffentlichen Meinung des Landes. Aber dass nicht jüngere, sondern ältere Menschen gegenüber der EU positiver eingestellt sind, steht nicht im Einklang mit dem Bild, ältere Menschen seien allgemein »nationalistischer« und jüngere »kosmopolitischer« ausgerichtet. Diese schwedische Abweichung könnte mit dem Zeitplan der vollständigen EU-Mitgliedschaft des Landes zusammenhängen, der während der schweren Wirtschaftskrise der 1990er stattfand. Diese Krise war eine schwerwiegende Erfahrung, während der die ersten einer Reihe von neoliberalen Reformen umgesetzt und die Staatsausgaben erheblich verringert wurden, was letztlich das Projekt des *folkhem* beendet hat. Der nationale Wohlfahrtsstaat wurde durch das Konzept der Globalisierung ersetzt, im Zuge derer das Denken beider politischer Richtungen von einer neuen, kosmopolitischeren Idee dominiert wurde. Diese Zeit war durch eine zunehmende und vertiefte internationale Zusammenarbeit geprägt. Heute leben wir in einer globalisierten Wirtschaft mit entsprechenden Märkten. Die vertiefte Zusammenarbeit mit der EU muss vor diesem Hintergrund betrachtet werden: als ein Projekt, dem sich Schweden in den 1990ern angeschlossen hat.

Das hier vorgestellte Muster weist darauf hin, dass Schweden in geringerem Maße als in anderen Ländern Europa als wesentlich hervorheben, wenn es um Themen wie gemeinsame Sicherheit, Verteidigungspolitik, Verteidigung gemeinsamer Werte (wie Demokratie) und Kontrolle strategischer Infrastruktur geht. Obwohl sie im Vergleich zu anderen Ländern eine übermäßig signifikante Wirkung haben. Es ist schwierig, diese Antworten nicht im Lichte des hier beschriebenen historischen Kontexts zu interpretieren. Es ist vielleicht nicht sonderlich verwunderlich, dass beispielsweise in Schweden, einem Land, das mehr als 200 Jahre Frieden hinter sich hat, international oft eigene Wege gegangen ist, die Unterstützung der gemeinsamen Außenpolitik und der entwickelten Verteidigungskooperation nicht gleichran-

gige Prioritäten haben, was kein Mitglied der NATO ist und die Bündnisfreiheit zu einem wichtigen Prinzip gemacht hat, obwohl sich die Zusammenarbeit mit dem Westen und der NATO in den letzten Jahrzehnten vertieft hat.

DER GESELLSCHAFTLICHE RECHTSRÜCK

Allerdings steckt das Zeitalter der Globalisierung heute selbst in einer Krise: Durch steigende Ungleichheit sowie entfremdete politische Institutionen und Eliten kehrten die rechtspopulistischen Protestbewegungen in die politische Debatte zurück. Diese Rolle übernehmen in Schweden die rechtspopulistischen Schwedendemokraten, die erst 2010 ins Parlament eingezogen und zu einer zentralen politischen Macht im Land geworden sind. Sie haben die politische Debatte beeinflusst und verändert. Außerdem haben sie der innenpolitischen Unzufriedenheit über Einwanderung, Integration und Kriminalität eine Stimme verliehen. So konnten sich restriktivere Ansichten über Einwanderung und Einwanderer durchsetzen. Darüber hinaus beschwört die Partei erneut die Vision eines konservativen *folkhem* für ein homogenes, nativistisches Schweden herauf.

Selbst wenn diese Entwicklungen die Ansichten über die nationale oder europäische Souveränität nicht entscheidend verändert haben, könnten sie letztlich trotzdem beeinflussen, wie die politischen Parteien die Außenwelt betrachten. Außerdem könnten sie die Sichtweise der Bürgerinnen und Bürger über eine nationale oder europäische Ausrichtung (beziehungsweise nationale oder europäische Souveränität) dahingehend verändern, dass erstere gegenüber letzterer an Bedeutung gewinnt.

Wie ist also die schwedische Auffassung von strategischer Autonomie auf nationaler Ebene und im europäischen Kontext, wie ist zu interpretieren, dass die schwedischen Bürger die zukünftige Entwicklung der EU sehen wollen und wie argumentieren schwedische politische Parteien? Eine Antwort lautet, dass das Konzept der strategischen Autonomie in der schwedischen Debatte keine herausragende Rolle spielt. Aktuell steht die EU weder oben auf der politischen Agenda noch findet eine öffentliche Debatte über weitere europäische Integrationschritte statt. Die politische Debatte in Schweden wird ausschließlich von nationalen Fragen dominiert. Besser gesagt - wie in Schweden mit Fragen im Zusammenhang mit Sozialhilfe, Migration und zunehmender schwerer Kriminalität umgegangen werden sollte. Diese politische Selbstbezogenheit ist sicherlich eine Folge der Stärke der rechtspopulistischen Schwedendemokraten, die inzwischen als drittstärkste politische Partei in den Umfragen einen großen Einfluss auf die politische Debatte in Schweden hat. Als Folge hat es eine Verschiebung der politischen Agenda gegeben, von internationalen Themen zu nationalen Themen und von kulturradikalen zu kulturkonservativen Perspektiven.

ROLLE DER EU IN DER GEFAHRENABWEHR

Möglicherweise sollte die Tatsache, dass so viele Schweden glauben, dass die europäische Souveränität eine Tatsache ist, als Verteidigung eines Status quo in der EU-Zusammenarbeit betrachtet werden. Schweden war Anfang der 2000er Jahre

eine treibende Kraft für die Osterweiterung. Ein Argument war damals, Europa nach dem Fall der Mauer zu vereinen. Doch in Schweden sah man die Möglichkeit in der Aufnahme neuer Mitglieder die Entwicklung hin zu einer zunehmend föderalen EU zu blockieren. Hier gehörte Schweden seit jeher zu jenen Mitgliedsländern, die versuchten, sich verschiedenen Projekten zur Stärkung der supranationalen Macht zu Lasten der eigenen nationalen Souveränität zu widersetzen – wie jüngst beim großen Corona-Wiederaufbauprogramm der EU.

Eine Erklärung für die Zustimmung der Schweden zum Konzept der europäischen Souveränität könnte auch darin liegen, wie sich die Sichtweise der Bevölkerung auf die Mitgliedschaft Schwedens verändert haben könnte. Denn als Schweden der EU beitrug, lag der Fokus auf den großen Chancen für das Land, die sich aus der Beteiligung an dem Projekt der europäischen Einigung ergeben könnten. Nach einem Jahrzehnt der Krisen liegt der Fokus womöglich eher darauf, wie die EU und die Nationalstaaten mit den Bedrohungen unserer Zeit umgehen sollen. Dies sind Bedrohungen des Terrorismus, Kontrolle der Außengrenzen, Klimawandel, Gesundheitsgefahren, nationalistische Regierungen in der EU und Herausforderungen wie China und Russland. Die Umfrage zeigt, dass diese von Schweden sowohl als eine wichtige Aufgabe auf nationaler als auch für die EU hervorgehoben werden. Somit scheinen die schwedische Öffentlichkeit und die politischen Parteien die Rolle der EU in der Abwehr von Gefahren und Bedrohungen zu liegen.

ÜBER DEN AUTOR

Håkan A. Bengtsson, CEO von Arenagruppen und politischer Herausgeber bei Dagens Arena

IMPRESSUM

© Friedrich-Ebert-Stiftung, 2021
Referat Globale und Europäische Politik
Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin, Deutschland

Verantwortlich für diese Publikation in der Friedrich-Ebert-Stiftung:
Dr. Ralf Hexel | Europäische Integration / Souveränes Europa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.